

# Lebensstil, Klimawandel, Hunger

von Johannes Grössl

## *Abstract*

The world has enough food to nourish all of its inhabitants. But Western lifestyle takes up so many resources that prices explode, poverty grows and more and more people have to starve. Global climate change also is a result of energy-intense production, traffic, land use change and agriculture; it mostly affects the poor, although they have least contributed to its cause. This paper intends to demonstrate the economic links between consume, climate change and poverty, it argues for a theory of responsibility that charges the individuals leading an average Western lifestyle for taking the greatest account of global poverty and hunger.

## *Inhalt*

1. Einleitung .....	2
2. Der anthropogene Treibhauseffekt und dessen Auswirkungen .....	3
a) Direkte Auswirkungen und Prognosen .....	3
b) Reduktionsziele und deren Auswirkungen .....	4
3. Der westliche Lebensstil als Ursache des Klimawandels .....	4
4. Der westliche Lebensstil als Ursache der Nahrungsknappheit .....	5
a) Verknappung von Energie, Wasser und Flächen .....	6
b) Weniger und Teurere Nahrungsmittel .....	8
c) Klimawandel und Armut .....	10
d) Armut, Kriege, Diktaturen, Hunger .....	11
5. Maßnahmen .....	14
a) Gerechtigkeit als Ziel .....	14
b) Eine Theorie der Verantwortung .....	16
c) Verantwortung für Armut .....	18
d) Veränderung des Lebensstils: Ethischer Konsum.....	20
6. Fazit .....	21

## Einleitung

Der Klimawandel lässt sich nüchtern als das größte je vorgekommene Marktversagen beschreiben. Bei einem Marktversagen gelingt es dem Markt nicht, Güter effizient zu verteilen; es geht meist mit einer Verschwendung knapper Ressourcen einher. Die Gründe für dieses Marktversagen sind einerseits die Atmosphäre als öffentliches Gut, andererseits die temporal und lokal verzerrten finanziellen Auswirkungen: Die externen Kosten jeder Tonne Kohlenstoffdioxid, d.h. die dadurch verursachten Klimawandelfolgekosten, müssen erst Jahrzehnte später bezahlt werden; Aktionäre und Politiker berücksichtigen aber meist nur kurzfristige Folgen, etwa ein Jahrzehnt bzw. wenige Legislaturperioden. Außerdem sind meist diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am stärksten von dessen Auswirkungen betroffen.

Diese Auswirkungen lassen sich heute schon spüren. Extremwetterereignisse und Dürren nehmen zu, Gletscher schmelzen ab, Seen und Flüsse trocknen aus. Betroffen sind vor allem die Armen. Die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge, die vom Klimawandel zur globalen Armut führen, sollen in dieser Arbeit erörtert werden. Nun ist der Klimawandel keine Naturkatastrophe, sondern (zum allergrößten Teil<sup>1</sup>) durch den Menschen verursacht, und zwar vor allem von den Industrieländern: Allein der Ausstoß von den USA, Kanada, Japan, Australien, Russland, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und des Vereinigten Königreichs summiert sich auf etwa 15 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr<sup>2</sup>, was bedeutet, dass etwa ein Siebtel der Weltbevölkerung über die Hälfte der Treibhausgase verursacht. Doch auch diese Rechnung ist beschönigt: Die Industrieländer importieren viele energieintensive Waren aus Entwicklungsländern; auch die dadurch entstandenen Treibhausgase müssten eigentlich den Konsumländern zugeschrieben werden. Darüber hinaus

---

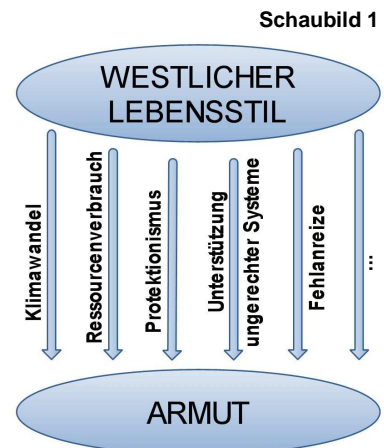
<sup>1</sup> Natürlich gibt es marginale natürliche Ursachen für eine erhöhte Treibhausgaskonzentration und für eine höhere globale Durchschnittstemperatur; auch die Klimasensitivität ist noch nicht zufrieden stellend erforscht. Dass aber der größte Teil der Temperaturerhöhung vom Menschen verursacht wird, ist heute im wissenschaftlichen Diskurs unumstritten. Vgl. dazu Rahmstorf / Schellnhuber, Der Klimawandel, 29-53.

<sup>2</sup> Quelle: FDCCC, ohne Veränderung der Landnutzung und Waldbestand.

profitieren die westlichen Länder auch heute noch von ihrer „historischen Schuld“: Das sind ausgestoßene Treibhausgase und abgeholzte Wälder in der Vergangenheit, die in jetzigen Gütern wie der Infrastruktur, der Kultur und den vorhandenen Technologien „enthalten“ sind.

Der westliche Lebensstil begünstigt die Förderung und Entstehung von weltweiter Ungerechtigkeit, von Armut und Hunger durch zahlreiche Faktoren<sup>3</sup> (vgl. Schaubild 1). Einer dieser Faktoren ist der anthropogene Klimawandel.

In dieser Arbeit werden zunächst die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zusammengefasst, sowohl schon eingetretene als auch zukünftige. Vorausgesetzt wird die absolute Notwendigkeit einer Begrenzung der Temperaturzunahme auf etwa 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit, wie sie vom IPCC und vom Potsdam Institut für Klimaforschung gefordert wird. Die Schwerpunkte liegen einerseits in der Darstellung des westlichen Lebensstils als Ursache des Klimawandels, andererseits in der Analyse der Auswirkungen des Klimawandels (in Verbindung mit dem westlichen Lebensstil) auf die Verknappung von Energie, Süßwasser und landwirtschaftlicher Nutzfläche und der Auswirkungen dieser Verknappung auf die Verteuerung von Nahrung, was schließlich zur Zunahme von Armut und Hunger weltweit führt.



## Der anthropogene Treibhauseffekt und dessen Auswirkungen

### *Direkte Auswirkungen und Prognosen*

Schon heute kann man den Klimawandel deutlich wahrnehmen: Die Temperaturzunahme der letzten 50 Jahre ist doppelt so hoch wie die der letzten 100 Jahre, die globale Oberflächentemperatur ist stark gestiegen, die Häufigkeit heftiger Niederschläge hat zugenommen. Gletscher schrumpfen, die schneebedeckte Fläche weltweit hat seit 1980 um etwa 5% abgenommen, die Meereismenge in der Arktis in den Sommermonaten sogar um 22%. Die Ozeane haben sich beträchtlich erwärmt; der Meeresspiegel ist im 20. Jahrhundert um 17 cm angestiegen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> In Schaubild 1 wird aufgeführt: 1. Der Klimawandel, 2. der ausgelagerte Ressourcenverbrauch, d.h. die Beraubung anderer Länder um ihre Ressourcen durch Kolonisierung früher oder durch Privatisierung heute, 3. Der Protektionismus westlicher Länder in Form von Subventionen oder Importzöllen, 4. Die Unterstützung ungerechter und undemokratischer Systeme aufgrund von Ressourcenabhängigkeit, 5. gesetzte Fehlansreize durch bestimmte Formen von Entwicklungshilfe.

<sup>4</sup> Vgl. Alfred-Wegener-Institut, Ergebnisse des Fourth Assessment Report (AR4).

Der vierte IPCC-Bericht aus dem Jahr 2007 prognostiziert in verschiedenen Szenarien einen globalen Temperaturstieg zwischen 1,1 und 6,4°C bis zum Ende des Jahrhunderts<sup>5</sup>. Selbst bei einem sofortigen Emissionsstopp würde aufgrund der Trägheit des Klimasystems ein Temperaturanstieg von bis zu 0,6°C erfolgen.<sup>6</sup> Der Meeresspiegel würde um 18 bis 59 cm ansteigen, langfristig durch Abschmelzen des Grönlandeises möglicherweise um bis zu 7 Meter. Der Niederschlag wird in höheren Breiten sehr wahrscheinlich zunehmen, während es in den Tropen, Subtropen und der Mittelmeerregion zu einer Verminderung des Niederschlags kommen wird.

### ***Reduktionsziele und deren Auswirkungen***

Wie zu Beginn des *Greenhouse Development Rights Framework* (GDR) erwähnt, besteht ein „inhärenter – aber überwindbarer – Konflikt zwischen der Klimakrise und der Entwicklungskrise“<sup>7</sup> Je stärker armen Ländern ein *Recht auf Entwicklung* zugesprochen wird (was bedeutet, sie von Emissions-Reduktionszielen zu befreien), desto mehr müssen die Industrieländer die Reduktion alleine schultern, die notwendig ist, um den globalen Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen. Höhere Reduktionsziele führen aber zu höheren Kosten für die eigene Volkswirtschaft; und diese Kosten sind nur wenige bereit zu tragen. Deshalb wird auch auf Entwicklungs- und Schwellenländer, die noch weit unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Emissionen aufweisen, politisch massiver Druck ausgeübt, ihre Emissionen zu begrenzen. Dazu werden Rahmenwerke aufgestellt, die ein Recht auf Entwicklung und die Einbeziehung historischer CO<sub>2</sub>-Schuld so weit wie möglich neglieren, wie z.B. das Vattenfall-Proposal oder auch manche Formen von Contraction & Convergence.<sup>8</sup> Die starke Bindung der westlichen Bevölkerung an ihren Lebensstil zeigt sich am deutlichsten in einem der Grundprinzipien des Vattenfall-Vorschlags: „No rich country shall have to go through disruptive change“.<sup>9</sup>

### **Der westliche Lebensstil als Ursache des Klimawandels**

Laut des erwähnten IPCC-Berichtes gehen 78% der bisherigen globalen Kohlenstoffdioxidemissionen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe und 22% auf Landnutzungsänderungen zurück. Kohlenstoffdioxid ist für etwa zwei Drittel des Treibhauseffektes

<sup>5</sup> Für das optimistischste Szenario ist der wahrscheinlichste Wert 1,8°C (bei einer Spanne von 1,1-2,9°C), für das schlechteste Szenario der Wert 4,0°C (2,4-6,4°C).

<sup>6</sup> Vgl. Alfred-Wegener-Institut, Ergebnisse des Fourth Assessment Report (AR4).

<sup>7</sup> Heinrich Böll Stiftung, GDR Framework, 9. (eigene Übersetzung)

<sup>8</sup> Vgl. Baer / Athanasiou, Frameworks & Proposals, 15-16 sowie 38-40.

<sup>9</sup> Ebd., 38.

verantwortlich, andere Treibhausgase wie Methan oder Lachgas für etwa ein Drittel. Auch Methan wird zum größten Teil vom Menschen freigesetzt, durch Landwirtschaft, v.a. in der Tierhaltung, in Klärwerken oder bei der Abfackelung und beim Transport von Erdgas. Die globale Erwärmung hat ihre Ursache fast ausschließlich in der Erhöhung der Treibhausgaskonzentration; anderen möglichen Ursachen, wie z.B. der Änderung der solaren Einstrahlung, wird mittlerweile keine Bedeutung mehr beigemessen. Die Klimasensitivität unseres Planeten wird etwa so eingeschätzt, dass eine Verdopplung der CO<sub>2</sub>-Konzentration (von 280 auf 560 ppm) zu einer Temperaturerhöhung von 1,5 bis 4,5 °C führt.<sup>10</sup>

Nun sind die Treibhausgasemissionen nicht gleichmäßig auf der Erde verteilt. Die Spannweite des jährlichen Pro-Kopf-Ausstoßes liegt zwischen 20,6 t CO<sub>2</sub> (USA) und 0,1 t (z.B. Äthiopien), vgl. Abbildung 3 im Anhang. Wie schon in der Einleitung erwähnt, verursacht ein Siebtel der Weltbevölkerung über die Hälfte der globalen Emissionen. Berücksichtigt man auch die historische Schuld (Abbildung 4 im Anhang) und den ausgelagerten Ressourcenverbrauch durch Importe energieintensiver Waren, wird diese Ungleichheit noch deutlicher. Der westliche Lebensstil führt zu weit höheren Emissionen als beispielsweise ein äthiopischer, da der Energie- und Flächenverbrauch aufgrund eines hohen Konsumbedürfnisses um ein Vielfaches größer ist. Der Energieverbrauch resultiert hauptsächlich in der Stromnutzung, der Herstellung energieintensiver Produkte (als Nahrungsmittel und als Konsumgüter), des Verkehrssektors und des Bauens, Beheizens und Kühlens von Gebäuden. Der überdurchschnittliche Flächenverbrauch resultiert zu einem kleineren Teil im erhöhten Energieverbrauch (Tendenz jedoch stark steigend) und in der Flächenversiegelung (durch Industrie, Freizeit und Wohnen), hauptsächlich aber in der Herstellung tierischer Produkte.<sup>11</sup>

## **Der westliche Lebensstil als Ursache der Nahrungsknappheit**

„Wie viele Menschen kann die Erde langfristig ernähren? Diese Frage beantwortet der Umweltwissenschaftler Lester Brown daher mit einer Gegenfrage: »Auf welchem Niveau?« Es komme auf die Ernährungsweise an, meint er. Und rechnet vor, dass die derzeitige Welternte von jährlich rund zwei Milliarden Tonnen Getreide durchaus zehn Milliarden Menschen sättigen könnte. Sie dürften davon aber nur 200 Kilo pro Kopf und Jahr verzehren, so viel wie im Durchschnitt ein Inder, der vorwiegend vegetarisch lebt, in einem Land, wo nur wenig Korn an Tiere verfüttert wird. Bei italienischer Kost würde die Welternte nur noch für fünf Milliarden

<sup>10</sup> Die Unsicherheit resultiert v.a. im Unwissen über das Verhalten der Wolken. Die Sensitivität ohne Einbeziehung jeglicher Rückkopplungseffekte, also der „reine“ Treibhauseffekt, liegt bei etwa 1,2°C. Vgl. Rahmstorf / Schellnhuber, Der Klimawandel, 42-46.

<sup>11</sup> Laut FAO benötigt man für die Jahres-Proteinversorgung eines Erwachsenen: 0,25 ha Landfläche (Bohnen) - 0,7 ha (Kartoffeln) - 3 ha (Huhn) - 5 ha (Schwein) - 3 bis 6 ha (Rind). Vgl. Bender, Meat and meat products, Anhang Tabelle 1-3.

Menschen reichen. Bei amerikanischer Lebensweise mit ihren vielen Big Macs, Steaks und Eiern nur noch für 2,5 Milliarden.“<sup>12</sup>

Die Zahl an Menschen, die unser Planet langfristig und nachhaltig ernähren kann, ist von unserem Lebensstil abhängig. William Rees und Mathis Wackernagel entwickelten in den neunziger Jahren das Konzept des ökologischen Fußabdrucks: Der Flächenverbrauch pro Kopf liegt in den USA bei 5,1 Hektar, während bei sechs Milliarden Menschen eigentlich nur 1,5 Hektar pro Person zu vergeben sind.<sup>13</sup> Man bräuchte also über drei Erden, wenn alle Menschen einen durchschnittlichen amerikanischen Lebensstil pflegen würden. Da der Weltbevölkerung nach Prognosen der Vereinten Nationen bis 2050 auf über 9 Milliarden Menschen ansteigen wird, verschärft sich diese ungleiche Verteilung noch weiter.

Fast 900 Millionen Menschen weltweit hungern, alle 3 Sekunden stirbt ein Mensch an den Folgen von Unterernährung.<sup>14</sup> Dies ist aber – jedenfalls heute noch – kein Problem der vorhandenen Nahrungsmittel, sondern ein Verteilungsproblem. Die hohe Nachfrage nach Lebensmitteln in westlichen Ländern führt im Zusammenspiel mit Armut und der Verknappung von Energie, landwirtschaftlicher Nutzfläche und Süßwasser zu einer Zunahme von hungernden und verhungerten Menschen. Der Klimawandel trägt zu dieser Verursachung entscheidend bei. Diese Zusammenhänge sollen nun weiter aufgeschlüsselt werden (vgl. Abbildung 2 im Anhang).

### ***Verknappung von Energie, Wasser und Flächen***

Der Klimawandel hat enormen Einfluss auf die Energieversorgung (A). Steigende Gewässertemperaturen führen zu einer abnehmenden Stromproduktion, da für fast alle Kraftwerke, ob fossil oder nuklear, und sogar bei Wasserkraftwerken, Flusswasser zur Kühlung verwendet werden muss.<sup>15</sup> Beispielsweise mussten im Rekordsommer 2003 in Deutschland die Kernkraftwerke Obrigheim und Neckarwestheim II ganz abgeschaltet, viele andere um bis zu 70% gedrosselt werden. Maßnahmen zur Verringerung des Klimawandels (*mitigation*), wie der Verzicht auf fossile Brennstoffe, die Entwicklung und Produktion von Solaranlagen, die energieintensive Wärmedämmung von Gebäuden führen zu einem erhöhten Energiebedarf und dadurch ebenfalls zu einer Energieverknappung. Die Anpassung an die nicht mehr verhinderbaren Folgen des Klimawandels (*adaptation*), wie das Bauen von Dämmen und Bewässerungsanlagen oder das Wiederaufbauen einer von Extremwetterereignissen zerstörten Infrastruktur, ist ebenfalls energieintensiv und dadurch

<sup>12</sup> Grefe, Wie viele Menschen ernährt die Erde?, 28.

<sup>13</sup> Vgl. Rees u.a., Our Ecological Footprint.

<sup>14</sup> Quelle: UNWFP (United Nations World Food Programme).

<sup>15</sup> Vgl. Kemfert, Die ökonomischen Folgen des Klimawandels, 17.

Energie verknappend. Diese klimawandelspezifischen Faktoren wirken verstärkend zu den direkten Auswirkungen des westlichen Lebensstils auf die globale Armut (1), und zwar der hohe Energiebedarf für Freizeitgestaltung, Verkehr, Wohnen, Konsum und Ernährung.

Im 21. Jahrhundert würden die Kriege nicht mehr nur um Land und Öl, sondern auch um Wasser geführt.<sup>16</sup> Schon heute haben mehr als eine Milliarde Menschen keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser.<sup>17</sup> Der Klimawandel trägt zur weiteren Verknappung von Süßwasser bei (B); bis 2080 könnte die Zahl derer, die in einem wasserarmen Umfeld leben, um 1,8 Milliarden steigen.<sup>18</sup> Steigende Temperaturen führen zu höherer Verdunstung, in Pflanzen, Flüssen und Seen; die steigende Trockenheit führt zu einem erhöhten Bedarf an Bewässerung zur Nahrungsproduktion; die Erwärmung der Landflächen kann zur Veränderung der Luftströmungen führen, mit der Folge, dass der Feuchtigkeitstransport über die Winde in andere Regionen, z.B. ins Gebirge oder auf das Meer verlagert werden. Der entscheidende Faktor ist hier jedoch das Abschmelzen von Gletschern, die heute als Wasserspeicher für trockene Sommermonate dienen und Flüsse und Seen mit Süßwasser versorgen. Neben den enormen Folgen für die Landwirtschaft führen abnehmende Pegelstände in Flüssen auch zu einer weiteren Energieverknappung (D), weil weniger Kühlwasser für Kraftwerke vorhanden ist, weniger Energie aus Wasserkraft erzeugt werden kann, der zunehmende Transport von Süßwasser Energie verbraucht und der eingeschränkte Transport von Gütern über den Wasserweg durch energieintensivere Verkehrsmittel kompensiert werden muss. Natürlich führt auch unser Lebensstil mit seinem außerordentlich hohen Wasserbedarf (Landwirtschaft, v.a. Fleischkonsum, Haushalt, Industrie) zur Verknappung von Süßwasser. (2).<sup>19</sup>

Einerseits Überschwemmungen, andererseits ausgetrocknete Flüsse und Seen und die damit einhergehende Desertifikation<sup>20</sup> führen daraufhin zu einer Verknappung der landwirtschaftlichen Nutzfläche (C). Zunehmende Extremwetterereignisse machen bestimmte Flächen unbestellbar und verringern die durchschnittliche Flächenausbeute, wenn immer häufiger die Ernte vernichtet wird. Höhere Temperaturen können außerdem zu zunehmender Versalzung von Flächen führen, was wiederum die landwirtschaftliche Nutzfläche verringert. Die Süßwasserverknappung hat außerdem den Effekt, dass viele Felder nicht mehr

<sup>16</sup> Nach einem Zitat vom ehemaligen UN-Generalsekretär Butros Butros-Ghali. Philip Kunig von der FU Berlin betont in seiner Analyse, dass schon heute „in vielen staatlichen Konflikten (...) Wasser jedenfalls ein wichtiges Element [ist], in Bürgerkriegen ohnehin.“ (vgl. Kunig, Konflikte um das Wasser)

<sup>17</sup> Vgl. Schulte v. Drach, Kriegsgrund Wasser?

<sup>18</sup> UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, 23.

<sup>19</sup> Der Pro-Kopf-Bedarf eines durchschnittlichen Deutschen an „virtuellem Wasser“ liegt bei rund 4230 Litern pro Tag (Vgl. Chapagain / Hoekstra, Water footprints of nations, Appendix XX.), bei einem Vegetarier nur etwa die Hälfte.

<sup>20</sup> Laut UNDP-Bericht könnten z.B. „die von Dürre betroffenen Gebiete in Afrika südlich der Sahara um 60-90 Millionen Hektar zunehmen und den trockenen Landstrichen dadurch bis zum Jahr 2060 Verluste von 26 Milliarden US-Dollar entstehen.“, vgl. UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, 22.

ausreichend bewässert werden können (E) bzw. der Bau von Bewässerungsanlagen in Verbindung mit den hohen Energiepreisen (G) nicht mehr rentabel ist. Der höhere Meeresspiegel verkleinert die gesamte Landmasse.<sup>21</sup> Die verlorenen Flächen werden dabei von den durch den Klimawandel neu erschließbaren Flächen, z.B. in Grönland, nicht kompensiert. Will man dem Klimawandel gut entgegenwirken und außerdem Tierarten schützen, darf man zur Kompensation auch nicht weitere Waldflächen abholzen. Laut dem jüngsten UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung wird sich der Klimawandel „auf die Niederschlagsmenge, die Temperaturen und die Verfügbarkeit von Wasser für die Landwirtschaft (...) auswirken.“<sup>22</sup>

Neben diesen klimawandelspezifischen Ursachen führt auch hier der westliche Lebensstil zur Verknappung (3): Immer mehr Flächen werden für Industrie- und Gewerbe, für Eigentumswohnungen, für Freizeitaktivitäten (Golfplätze!), für Straßen und andere Verkehrswege versiegelt; vom Menschen verursachte Umweltkatastrophen machen Flächen, z.B. um Tschernobyl, unbenutzbar.

### ***Weniger und teurere Nahrungsmittel***

Die Verknappung landwirtschaftlicher Nutzfläche hat automatisch die Verknappung der Fläche für die Nahrungsmittelproduktion zur Folge (I)<sup>23</sup>. Da durch steigende Energiepreise der Anbau von Energiepflanzen immer rentabler wird und dieser aus sicherheitspolitischen Gründen (weniger Abhängigkeit bei der Energieversorgung) auch noch subventioniert wird, sinkt der Anteil des Teiles der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der für die Produktion von Nahrungs- und Futtermittel verwendet wird (H). Gleichzeitig sorgen höhere Energie-, Düngemittel- und Wasserpreise (d.h. die Kosten der Bewässerung) auch dafür, dass es an manchen Orten wirtschaftlicher sein wird, weniger zu produzieren (J,K); außerdem führen häufigere Unwetter, wie schon oben erwähnt, zu steigenden Ernteaussfällen. Die Flächenausbeute, d.h. die Menge der produzierten Nahrungsmittel bzw. die Menge der produzierten Kalorien pro Flächeneinheit geht also zurück; zur Zeit gelingt es nicht, durch technische Innovationen die abnehmenden Flächen durch höhere Ertragsraten oder resistenterer Pflanzen (durch Züchtung oder Gentechnik) zu kompensieren.

---

<sup>21</sup> Neben der Verknappung der Nutzfläche führt der Anstieg des Meeresspiegels natürlich noch zu viel größeren Problemen: Laut UNDP würde ein weltweiter Temperaturanstieg um 3-4°C bedeuten, dass 330 Millionen Menschen aufgrund von Überschwemmungen ihre Heimat verlassen müssten. Vgl. UNDP, Bericht über die Menschliche Entwicklung 2007/2008, 23.

<sup>22</sup> UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008 (Zusammenfassung). Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt, 22.

<sup>23</sup> Außer natürlich, wenn die Fläche an Energiepflanzen noch stärker zurückgehen würde. Das ist aber nicht der Fall.



Der Klimawandel bewirkt also, verstärkt durch einen hohen Ressourcenverbrauch, eine Verknappung der Fläche für die Nahrungsmittelproduktion und gleichzeitig eine Verringerung der Flächenausbeute (L). Von allen weltweit produzierten Nahrungsmitteln werden aber 40% als Viehfutter verwendet. Zur Fleischproduktion ist für die Herstellung der gleichen Kalorienmenge vier- bis zwölf Mal soviel landwirtschaftliche Nutzfläche erforderlich.<sup>24</sup> Der hohe Konsum von Nahrungsmitteln insgesamt und speziell der hohe Konsum an flächenintensiven Nahrungsmitteln, und das sind vor allem tierische Produkte, führt zu einer weiteren drastischen Verknappung des Nahrungsangebotes (4). Schwellenländer wie China streben ebenfalls nach einem westlichen Lebensstil und konsumieren immer mehr Fleisch, was die Problematik noch verstärkt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Überfischung: Ein Drittel des in der EU konsumierten Fisches stammt von chinesischen Raubfängern, die vor den Küsten Ghanas alle Bestände leer fischen, einheimische Fischer in die Armut treiben und aufgrund der durch Überfischung abnehmenden Bestände ebenfalls das Nahrungsangebot verknappen.<sup>25</sup> Sowohl der hohe Fleisch- als auch der hohe Fischkonsum des westlichen Lebensstils führen also zu Nahrungsknappheit; weniger Nahrung und eine steigende Weltbevölkerung führen zwangsweise zu einer Verknappung der produzierten Nahrungsmittel pro Kopf (N). Geringeres Angebot bei gleich bleibender oder sogar steigender Nachfrage führt in einer Marktwirtschaft, in der Nahrungsmittel nicht subventioniert werden dürfen (5), zur Verteuerung von Nahrungsmitteln (N).

Die beschriebene Entwicklung hat bereits begonnen. Allein im Zeitraum 2005-2008 stiegen die Lebensmittelpreise nach einer Studie der Weltbank durchschnittlich um 83 Prozent, der Preis von Weizen sogar um 181 Prozent.<sup>26</sup> Den Anstieg in den letzten Jahren kann man zu 75% auf den steigenden Anbau von Energiepflanzen zurückführen<sup>27</sup>, mit steigenden Klimawandelfolgen dürften die anderen Faktoren in den nächsten Jahrzehnten doch weitaus stärker beteiligt sein. Hauptsächlich ausschlaggebend für den hohen Gesamtpreis sind aber auch heute schon nicht die Energiepflanzen, sondern der hohe Konsum von Nahrungsmitteln und Energie der Industrieländer.

---

<sup>24</sup> Um ein Kilogramm Rindfleisch herzustellen, benötigt man (inkl. Futtermittel) eine Fläche von über 300 m<sup>2</sup>, bei Schweinefleisch etwa 55 m<sup>2</sup>, von Gemüse oder Kartoffeln nur etwa 6 m<sup>2</sup>. Quelle: WWF Schweiz.

<sup>25</sup> Ossenberg, Dietmar, ZDF-Dokumentation „Wut im Bauch. Wer ist Schuld an der globalen Hungerkrise“, 2008

<sup>26</sup> Quelle: Weltbank. <http://go.worldbank.org/BJL6ZL4X70> (30.09.08)

<sup>27</sup> Quelle: Unveröffentlichte Studie der Weltbank, deren Inhalte aber durch die Tageszeitung *The Guardian* am 4. Juli 2008 in die Öffentlichkeit gelangt sind.

### ***Klimawandel und Armut***

Steigende Nahrungspreise führen in Ländern wie Deutschland zwar manchmal zu einem leichten Aufstöhnen im Supermarkt, doch selten zu größeren Problemen. In armen Ländern können sich verdoppelnde Preise existentielle Auswirkungen haben, die Armut vergrößern oder aus der Armut in die schwere Armut, in Hunger, Unterernährung und Tod führen.

Der Klimawandel vergrößert die weltweite Armut auf vielerlei Weise. Zu Beginn wurde schon erwähnt, dass die Länder, die am wenigsten dazu beigetragen haben, am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden und leiden werden. Unwetter, Überschwemmungen, Dürren und Desertifikation führen zur Abnahme der landwirtschaftlichen Erträge in den Entwicklungsländern (vgl. Schaubild 6 im Anhang). Vielen Bauern, die heute noch in Subsistenzwirtschaft leben, also fast alles, was sie zum Leben brauchen, selbst produzieren können, wird durch diese Entwicklung die Existenzgrundlage entzogen.<sup>28</sup> Neben den Nahrungspreisen steigen durch höhere Energie- und Rohstoffkosten auch die Preise für alle anderen lebenswichtigen Güter, für Behausung, Kleidung und für medizinische Versorgung. Die daraus resultierende Schwächung der Kaufkraft und der Volkswirtschaften der armen Länder wird durch hohe Klimawandel-Anpassungskosten<sup>29</sup>, höhere Versicherungsprämien und eine fallende Standortattraktivität noch verstärkt. Hohe Arbeitslosigkeit, höhere Staatsverschuldung und abnehmende Sozialleistungen führen zu Armut, dem Mangel an lebenswichtigen Gütern und Lebenschancen (Q). Die hohen Energiepreise verhindern eine wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Länder, erhöhen die Kosten lebenswichtiger Güter und erhöhen auch die Kosten von lebenswichtiger Energie für Kochen, Heizen und für den Weg zur Arbeit. Eine weitere Ursache für Armut ist die zunehmende Liberalisierung der Märkte (9): Länder haben auf Druck von WTO und Weltbank keine Möglichkeit mehr, die einheimische Wirtschaft durch Importzölle zu schützen, sie müssen Subventionen abbauen, sie werden zur Privatisierung der öffentlichen Versorgungsinfrastruktur gezwungen, Ressourcen werden durch ausländische Firmen billig exportiert. Viele Länder können sich aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung dagegen nicht wehren, da die beschriebenen Maßnahmen von der Weltbank als Auflagen für neue Kredite formuliert werden. Verstärkt wird dieser Trend noch mit dem Aufkommen der zwangsindustrialisierten Landwirtschaft und der unfreiwilligen Einführung der Agro-

---

<sup>28</sup> Dabei entstehen immer mehr Klimaflüchtlinge. Die Binnenmigration in armen Ländern wird deshalb immer mehr zunehmen, was einerseits die Slums in Städten vergrößert, andererseits auch zu sozialen und ethnischen Konflikten und sogar zu Krieg führen kann..

<sup>29</sup> Allein um die bisherige Entwicklungshilfe „klimasicher“ zu machen, muss sie laut UNDP um mindestens 40 Milliarden US-Dollar bis 2015 aufgestockt werden. Vgl. UNDP, Bericht über die Menschliche Entwicklung, 33.

Gentechnik, welche Bauern in die Abhängigkeit von Großkonzernen und dadurch oft in die Armut treibt.

Nicht im Schaubild erwähnt werden die positiven und negativen Auswirkungen des Klimawandels auf andere volkswirtschaftliche Sektoren. Diese beschreibt die Umweltökonomin Claudia Kemfert nicht nur im Bereich Energie und Landwirtschaft, sondern auch in den Sektoren Gesundheit, Tourismus, Baugewerbe und Verkehr<sup>30</sup>, und berechnet die Folgekosten für die deutsche Volkswirtschaft auf 800 Milliarden Euro in den kommenden 50 Jahren. Bei einem ungebremsten Voranschreiten des Klimawandels prognostiziert Nicholas Stern verursachte volkswirtschaftliche Folgekosten von 20 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2100.<sup>31</sup> Der Klimawandel führt also auch in westlichen Ländern zu einer Abnahme der Wirtschaftsleistung, womit entweder die Armut im Westen zunehmen wird oder aber die ohnehin schon armen Länder noch stärker ausgebeutet werden müssen.

### ***Armut, Kriege, Diktaturen, Hunger***

Es gibt verschiedene Definitionen von Armut. Absolute Armut wird von der UNO dann als gegeben gesetzt, wenn eine Person mit weniger als einem Dollar (umgerechnet in die Kaufkraftparität der eigenen Währung) auskommen muss. Die Kaufkraftparität wird anhand des Preises eines Warenkorbes berechnet, der eine bestimmte Menge an lebenswichtigen Gütern enthält. Diese Definition ist aus mehreren Gründen problematisch. Erstens werden Menschen, die in Subsistenzwirtschaft leben und sich zum größten Teil selbst versorgen können, hier schlechter gestellt, als ihre Lebenssituation wirklich ist, zweitens haben nicht alle Menschen die gleichen Bedürfnisse (z.B. benötigen kranke Menschen einen anders zusammengestellten Warenkorb), drittens gibt es Personen, die zwar nach der Kaufkraftparität in absoluter Armut leben, aber vom Staat oder Wohlfahrtsverbänden hinreichend versorgt werden, viertens bestimmen auch gesellschaftliche Faktoren wie Meinungsfreiheit und demokratische Partizipation die Intensität der Wahrnehmung der eigenen Armut. Nicht berücksichtigt werden also die Chancen, die eigene Armut zu überwinden; die schlimmste Form der Armut ist der Mangel an lebensnotwendigen Gütern kombiniert mit der Feststellung der eigenen Hilflosigkeit und absoluten Fremdbestimmung.

---

<sup>30</sup> Gesundheit: Anstieg von Krankheiten, Zunahme hitzebedingter Krankheiten und Todesfälle, Abnahme der Arbeitsproduktivität bei extremer Hitze, Vorsorgemaßnahmen; Baugewerbe: Schäden an Immobilien, Zunahme an Wirtschaftsleistung durch Anstieg von Neubauten. Vgl. Kemfert, Die ökonomischen Folgen des Klimawandels.

<sup>31</sup> Vgl. Stern, The Economics of Climate Change.

Unabhängig davon, welche Armutsdefinition man wählt, führen geringere Einkommen, zusammen mit einer Preissteigerung von lebenswichtigen Gütern und Nahrungsmitteln, einer zunehmenden Verarmung von Staaten (und der damit einhergehende Abbau von Sozialleistungen) und die Abnahme der Substistenzwirtschaft (durch Klimawandelfolgen und durch den Wirtschafts imperialismus von Großkonzernen) zu einer Zunahme der Zahl der Menschen, die unterernährt sind und an Folgen dieser Unterernährung leiden und sterben (Z).

In diesem komplexen Geschehen müssen noch zwei weitere Faktoren erwähnt werden: Autoritäre Systeme und Kriege. Diese müssen äußerst differenziert betrachtet werden. Die Verknappung von lebenswichtigen Ressourcen, ob Energie, Land oder Wasser, führt schon heute zu vielen militärischen Auseinandersetzungen (V,W); vor allem Kriege um Wasser werden in der Zukunft noch stark zunehmen. Ressourcenkriege werden sowohl vom Westen (z.B. gegen den Irak) als auch von Schwellen- (z.B. Kriege Russlands gegen abtrünnige ehemalige Sowjetrepubliken) und Entwicklungsländern (z.B. Kongo, Liberia, Sudan) geführt.<sup>32</sup> Da aber der westliche Lebensstil für die Knappheit dieser Ressourcen hauptsächlich verantwortlich ist, trägt er auch indirekte Mitverantwortung bei denjenigen Kriegen, die von keinem westlichen Land geführt wurden. Direkte Mitverantwortung tragen die Regierungen vieler Industrieländer bei vielen Kriegen – bestimmt durch das Konsuminteresse ihrer Bevölkerung – indem sie einerseits Waffen liefern (d.h. einheimischen Firmen den Waffenexport erlauben, da diese Firmen im eigenen Land Arbeitsplätze schaffen) und indem sie andererseits einzelne Konfliktparteien finanziell unterstützen, da diese ihnen besseren Zugriff auf einheimische Ressourcen versprechen (7); so geschah es beispielsweise häufig in den 70er Jahren in Südamerika, wo Bürgerkriege durch Einflussnahme der USA entfacht und entschieden wurden. Religiöse und ethnische Konflikte werden zwar oft als Kriegsgründe herangezogen, doch meistens werden diese nur als Deckmantel für Ressourcenkonflikte oder innerstaatliche soziale Ungerechtigkeit aufgesetzt: Armut kann Kriege auslösen (T).

Dass umgekehrt Kriege zu Armut führen, ist noch klarer (T): Infrastruktur wird zerstört, Dörfer geplündert und Felder enteignet, Menschen getötet oder durch Verletzungen arbeitsunfähig gemacht. Die einheimische Wirtschaft bricht zusammen, Nahrungsmittel können, auch wenn sie vorhanden sind, nicht mehr effizient verteilt werden, Sozialleistungen werden zugunsten von Militärausgaben gekürzt. Armut führt zu Hunger (Z), und Kriege vergrößern Armut und Hunger (T,Z).

---

<sup>32</sup> Vgl. Renner, Anatomie der Ressourcenkriege, 103.

Die Rolle autoritärer Systeme ist etwas komplizierter. Einerseits sagt Amartya Sen, dass es in Demokratien keine großen Hungersnöte geben kann<sup>33</sup>, und untermauert diese Aussage mit Vergleichen z.B. von China und Indien. Demokratische Regierungen setzten sich nämlich immer das Ziel, nicht abgewählt zu werden, und hungernde Menschen würden ihre Regierung sehr schnell abwählen. Dagegen könne ein Diktator Millionen Menschen verhungern lassen. Das ist aber nur in Ländern möglich, wo die Diktatur so stark ist, dass aufkommende soziale Unruhen militärisch niedergeschlagen werden können (wie in China oder Nordkorea); sonst muss das Regime, wie schon im römischen Kaiserreich (*panem et circenses*), den sozialen Frieden und die eigene Herrschaft mit Nahrungsgeschenken erkaufen. Im Großen und Ganzen kann man aber behaupten, dass autoritäre Systeme oft dazu beitragen, dass nicht alle Bewohner ausreichend mit Nahrung versorgt werden (Y). Autoritäre Systeme können von der Unterschicht auch nicht abgewählt werden und zeigen deshalb auch oft keine Bestrebungen, die soziale Ungerechtigkeit im eigenen Land zu vermindern; oft lebt die herrschende Klasse in großem Luxus, und vergrößert dadurch die Armut in der restlichen Bevölkerung (U). Da Diktaturen auch beim Führen von Kriegen nicht von der Zustimmung ihrer Bevölkerung abhängig sind, können diese leichter Kriege beginnen und auch dann weiterführen, wenn sie zu großes Elend und Armut in der eigenen Bevölkerung bewirken (X). So tragen viele autoritäre Systeme entscheidend zu Armut und Hunger bei; sozialistische Herrscher, die eigentlich die Armut verringern möchten (wie z.B. in Brasilien), scheitern wiederum am wirtschaftlichen Niedergang als Folge der Verstaatlichung und aber auch am Boykott ausländischer Investoren und WTO-Sanktionen.

Der westliche Lebensstil ist häufig für das Aufkommen bzw. die Beibehaltung autoritärer Systeme verantwortlich (8). Unser hoher Ressourcenverbrauch und der Wunsch der Bevölkerung nach billigen Produkten, billiger Energie und billiger Nahrung führt dazu, dass unsere Regierungen mit autoritären, menschenrechtsverletzenden Systemen kooperieren, um wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen oder zu erhalten. Ein von vielen Menschenrechtsorganisationen angeprangertes Beispiel sind die Beziehungen der USA zu dem ölreichen afrikanischen Land Äquatorialguinea: Es wurden Verträge abgeschlossen, dass die Vereinigten Staaten Öllieferungen erhalten, im Gegenzug dazu aber die autoritäre Regierung nicht kritisiert oder beeinflusst werden darf. Der große Teil der Bevölkerung lebt in Armut und profitiert nicht von den großen Einnahmen. WTO-Regelungen lassen außerdem keinen Boykott von Waren aus Ländern mit autoritären Systemen zu, außer es gibt

---

<sup>33</sup> Vgl. Sen, Amartya, *Development as Freedom*, 51: "no substantial famine has ever occurred in a democratic country – no matter how poor."

entsprechende Beschlüsse des Weltsicherheitsrates, die aber aufgrund wirtschaftlicher oder außenpolitischer Interessen der entscheidenden Länder meist nicht zustande kommen.

Der westliche Lebensstil ist schon heute über vielerlei Zusammenhänge Hauptverursacher von Armut und Unterernährung. Der Klimawandel verursacht eine geringere landwirtschaftliche Produktivität, Wasserknappheit, ein Ansteigen des Meeresspiegels, eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber Klimakatastrophen und die zunehmende Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen.<sup>34</sup> Das Entwicklungsprogramm der UN sieht die Möglichkeit, dass bis zum Jahr 2080 die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, um 600 Millionen ansteigt und die Zahl der Menschen, die damit rechnen müssen, an Malaria zu erkranken, um bis zu 400 Millionen ansteigt<sup>35</sup>

## **Maßnahmen**

### ***Gerechtigkeit als Ziel***

Gerechtigkeit ist ein Begriff, der viele Bedeutungen hat. Vieles, was in einer bestimmten Definition als gerecht erscheint, stellt sich in einer anderen als hochgradig ungerecht heraus. Oft wird eine gerechte Verteilung mit einer gleichmäßigen Verteilung verwechselt. Doch Ungleichbehandlungen werden in der Tat eher dann als gerecht empfunden, wenn der gewählte Unterscheidungsgrund nicht als willkürlich erscheint und wahrscheinlich dazu führt, dass die Ungleichbehandlung allen, und zwar vor allem den am schlechtesten Gestellten nützt (John Rawls' Differenzprinzip). Objektiv nachvollziehbare Kriterien und Zwecke ungleicher Behandlungen sind Teil der Gerechtigkeit als Verfahrensgerechtigkeit. Die Verteilungsgerechtigkeit darf deshalb nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss immer im Dienst eines solchen Zweckes stehen, welcher in verschiedenen Ethikkonzeptionen natürlich unterschiedlich beschrieben wird. Doch beinhaltet er meist die Maximierung der allgemeinen Wohlfahrt, ob vollkommen aggregiert und unter Inkaufnahme von Opfern (Klassischer Utilitarismus), ob pareto-optimiert und unter Gewährleistung von umfangreichen Freiheitsrechten (John Rawls) oder ob in einem dazwischen liegenden Verständnis.

„Linke“ Politik zeichnet sich oft dadurch aus, dass sie die Verteilungsgerechtigkeit über die anderen Gerechtigkeitsformen stellt und sie zum Selbstzweck macht. Dies führte bisher in den Formen des Sozialismus und Kommunismus immer dazu, dass Freiheitsrechte

---

<sup>34</sup> UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, 22-24

<sup>35</sup> Ebd., 23.

eingeschränkt und Menschen (im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit) ungerecht behandelt wurden, während das von Aristoteles formulierte Ziel der Ökonomie, die Sicherung der materiellen Basis des „guten Lebens“ der Bevölkerung, aufgrund von enormen Effizienzverlusten und die Heiligung aller Mittel durch den Zweck nicht mehr erreicht werden konnte.

Das gute Leben, würden wir heute ergänzen, hat natürlich nicht nur die Sicherung der materiellen Basis als Grundlage, sondern auch wichtige Rechte, wie Meinungs- und Religionsfreiheit, das Recht zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation, die Freiheit von Diskriminierung. Die von der westlichen Welt formulierten Menschenrechte beinhalten jedoch nur die individuellen Freiheitsrechte und die politischen Mitwirkungsrechte; ein *Recht auf die Sicherung materieller Mindestbedürfnisse* (inklusive Nahrung, Hygiene und medizinischer Versorgung) und *ein Recht auf Arbeit* (das Gefühl des Gebrauchtwerden in einer Gemeinschaft ist eine wichtige Bedingung für ein gutes Leben) sucht man vergebens.<sup>36</sup> In der heutigen Weltgemeinschaft wird hierbei meist die Verfahrensgerechtigkeit über die Verteilungsgerechtigkeit gestellt, im Sozialismus die Verteilungsgerechtigkeit über die Verfahrensgerechtigkeit. Beide Formen verfehlen das erwähnte Ziel der Ökonomie, für alle Bürger ein gutes Leben zu gewährleisten. Auch Privateigentum, dessen Schutz oft wie ein Menschenrecht behandelt wird<sup>37</sup>, hat nach Aristoteles, wie alle anderen Gerechtigkeitsfaktoren, nur einen instrumentellen Wert, und zwar, insofern es die Ökonomie beim Erreichen ihres Ziels unterstützt.

Dieser instrumentelle Wert ist aber von großer Bedeutung: Der Mensch als homo oeconomicus, als ein Mensch, der nur um seinen eigenen Vorteil bedacht ist, erzielt die höchste Leistungsbereitschaft, wenn es ihm möglich ist, mehr als den Durchschnitt zu besitzen. Die Angst davor, lebenswichtige Güter zu verlieren bzw. sich nicht mehr leisten zu können, führt, insofern die Angst nicht zu groß wird, zu einem weiteren Effizienzgewinn. Eine Anerkennung dieses Menschenbildes als ein realistisches und nicht ohne weiteres veränderbares Menschenbild führt zur Erkenntnis, dass eine „ungerechte“ Verteilung von Gütern deshalb gerecht sein kann, weil sie (durch höhere Produktivität und Effizienz) allen Menschen ein besseres Leben gewährleistet. Auch die häufig geforderte Chancengleichheit kann sich, bezogen auf das Ziel der Ökonomie, als ungerecht herausstellen, da es für die

---

<sup>36</sup> „Soziale Menschenrechte“, wie sie im Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte formuliert wurden, beinhalten ein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, eine angemessene Nahrungsversorgung und ein Recht auf Arbeit in Würde (aber kein individueller Anspruch auf Arbeit!) und eine angemessene Entlohnung. Diese Rechte werden aber weitgehend nicht anerkannt, da Menschenrechte als reine Abwehrrechte und nicht als Gewährleistungsrechte verstanden werden.

<sup>37</sup> Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fordert hingegen nur, dass niemand „willkürlich seines Eigentums beraubt werden“ darf.

Gesellschaft besser sein kann, mehr staatliche Gelder in die Begabten- als in die Unbegabtenförderung fließen zu lassen. (Dies widerspricht der Ordnung der Grundsätze bei Rawls, der das Differenzprinzip der Chancengleichheit ausdrücklich unterordnet.)

Die primären Ziele von Gerechtigkeit sind also nicht unbedingt eine Maximierung von Verteilungsgerechtigkeit oder Chancengleichheit, sondern eine Maximierung der wirtschaftlichen Gesamteffizienz unter Gewährleistung einer bestimmten Menge von individuellen Freiheitsrechten und einer Mindestversorgung – und zwar damit die Zahl der Menschen, die die Chance haben, ein gutes bzw. gelungenes Leben zu führen, maximiert wird. Gerecht ist demnach zu allererst, die 850 Millionen Menschen, die an permanenter Unterernährung leiden, und die Milliarden Menschen, denen grundlegende Freiheitsrechte nicht zugestanden werden, diese Chance zuteil werden zu lassen.

### ***Eine Theorie der Verantwortung***

Schwere Armut, Hunger, Krankheiten, Unterdrückung, Kriege – diese Faktoren nehmen einem Menschen die Möglichkeit, ein gelungenes Leben zu führen, sind also zutiefst ungerecht. Häufig lehnen auch Menschen, die eine gerechte Welt wünschen, wenn sie auf diese Probleme aufmerksam gemacht werden, die eigene Verantwortung dafür ab. Entweder wird dies mit der undurchschaubaren Komplexität der Zusammenhänge oder dem vollständigen Übertragen der Verantwortung an die „Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik“ begründet.

Wenn man jedoch durch eine freie Handlung oder deren Unterlassung zu einem Sachverhalt beiträgt, und noch vor dieser Handlung Informationen über diesen Sachverhalt als mögliche oder wahrscheinliche Folge seiner Handlung besitzt (bzw. sogar nur die Möglichkeit hatte, sich diese Information anzueignen), dann trägt man (Mit-) Verantwortung für diesen Sachverhalt. Wenn gleichzeitig niemand anderes für den Sachverhalt mitverantwortlich ist (und auch bekannt ist, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit niemand anderes für den Sachverhalt mitverantwortlich ist), dann trägt der Entscheidende die alleinige Verantwortung für einen Sachverhalt.

Obwohl wirtschaftliche Zusammenhänge sehr komplex sein können, müssen Handelnde immer – dem eigenen Wissensstand entsprechend – die wahrscheinlichen und möglichen Folgen ihrer Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen. Die Übertragung der alleinigen Verantwortung nach der hier beschriebenen Definition würde bedeuten, dass man selbst nicht einmal eine Mitverantwortung besitzt, was schon deshalb ausgeschlossen ist, weil in Demokratien und in einer freien Marktwirtschaft jeder einzelne durch seine



Wahlentscheidung die Politik und durch seine Konsumententscheidung die Wirtschaft beeinflusst und mitbestimmt.

Diese Mitbestimmung wird häufig angezweifelt, und zwar mit dem Argument, dass die Kauf- oder Wahlentscheidung eines Einzelnen keine Veränderung bringe und deshalb keine Verantwortung vorliegen könne. Dieser Argumentation lässt sich mit Immanuel Kant begegnen. Der kategorische Imperativ als Gesetz der praktischen Vernunft besagt: „Handle nur nach derjenigen Maxime [verallgemeinerbares, subjektives Gesetz], durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“<sup>38</sup>. Im Gegensatz zum klassischen Utilitarismus werden also nicht die tatsächlichen Folgen der Handlung als Maß ihrer Sittlichkeit gewertet, sondern die theoretischen Folgen in einer möglichen Welt, in der alle Menschen nach dem jeweils eigenen Regelwerk handeln. (Aufgrund dieser Abhängigkeit von Folgen ähnelt die Kantische Ethikkonzeption sehr stark einem Regelutilitarismus.) Durch die Einbettung des hier beschriebenen Verantwortungsbegriffs (direkte Verantwortung) in eine Kantische Ethik ist es möglich, dass ein Einzelner bei einer Handlung (indirekte) Verantwortung für einen Sachverhalt besitzt, den die Handlung nicht unmittelbar auslöst und ein Unterlassen der Handlung auch nicht verhindern kann. Dies ist dann der Fall, wenn eine mögliche Welt, in der seine diese Handlung betreffende Handlungsmaxime Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung wäre, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu diesem Sachverhalt führen würde, und eine Welt mit einer anderen möglichen Handlungsmaxime als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu diesem Sachverhalt führen würde.

Wenn ich nun möchte, dass kein Erdenbewohner mehr hungert (dieser Wunsch wird in dieser Arbeit nicht weiter hinterfragt; eine gute Begründung ergibt sich z.B. aus John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit), dann muss ich als Grundlage meines Handelns diejenigen verallgemeinerbaren, subjektiven Gesetze festlegen, von denen ich ausgehe, dass sie, von allen Menschen befolgt, zur Erfüllung meines Wunsches führen würden. Wenn ich a) der Überzeugung bin, Wohlstand für alle sei nur in einem marktliberalen System verwirklichtbar, und deshalb nicht, oder nur in geringem Maße, das System verändern möchte, und wenn ich b) erkenne, dass das westliche Konsumverhalten mit seinem Streben nach möglichst billigen Produkten sowohl marktinkonforme Eingriffe in die Wirtschaft und damit eine Vergrößerung der Armut zur Folge hat, als auch innerhalb einer funktionierenden Marktdynamik dazu führt, dass arme Menschen sich lebenswichtige Güter nicht mehr leisten können, weil diese

---

<sup>38</sup> Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, 421, 6.

aufgrund unserer hohen Nachfrage zu teuer geworden sind, dann werde ich c) meinen eigenen Ressourcenverbrauch durch eine mir auferlegte Maxime begrenzen.

Wie soll diese Begrenzung funktionieren? Diese rein formale Definition wird oft von Vertretern einer übersteigerten Verteilungsgerechtigkeit in eine materiale Definition uminterpretiert, indem gesagt wird, jeder Mensch darf nur so viele Ressourcen verbrauchen, wie ihm nach „gerechter“ Aufteilung zustehen. Genau gegen diese Interpretation lässt sich der kategorische Imperativ anwenden: Wenn ich durch das Erlernen wirtschaftlicher Zusammenhänge der Überzeugung bin, dass eine gleichmäßige Verteilung von Gütern den Marktmechanismus lahm legen und langfristig alle Menschen arm machen würde, kann ich nicht mehr wollen, dass die Maxime der absoluten Verteilungsgerechtigkeit allgemeines Gesetz werde. Eher werde ich ein bestimmtes Verfahren der Ressourcenvergabe wählen, das nicht willkürlich ist und (in einer möglichen Welt, in der das gewählte Verfahren uneingeschränkt von allen befolgt wird,) eine pareto-optimale Verteilung gewährleistet, bei der kein Mensch hungern muss und mein Wunsch erfüllt ist.

Vorstellbar ist hierbei eine Maxime, die den eigenen Ressourcenverbrauch in eine Relation zum eigenen *sozialen Effizienzbeitrag* setzt. In vielen Fällen ist ein erhöhter Rohstoffbedarf notwendig, wenn man sich in Organisationen, in der Wirtschaft oder in der Politik für eine Steigerung des Weltbruttosozialprodukt, für die Internalisierung externer Effekte in die Preisgestaltung, für den Abbau von Subventionen oder für die Schaffung sozialer Mindeststandards einsetzt. Beispielsweise müssen hochrangige Verantwortungsträger, wollen sie ihrer Aufgabe gut nachkommen, häufiger das Flugzeug benutzen als die durchschnittliche Bevölkerung. In einer Wunschgesellschaft, in der bei einem Maximum an Effizienz kein Erdenbewohner hungern muss, besitzen Bürger, die mehr zum Allgemeinwohl beitragen, ein größeres Recht auf die Verwendung von Ressourcen. Für eine Effizienzbeitrags-Ressourcenverbrauchs-Funktion sind viele Möglichkeiten denkbar; wenn ich den Wunsch habe, dass niemand auf der Welt mehr hungert, muss ich eine Funktion wählen, die als Bestandteil einer allgemeinen Gesetzgebung diesen Wunsch erfüllen würde und muss mein eigenes Handeln an diesem Gesetz ausrichten.

### ***Verantwortung für Armut***

Meistens wird dem Kapitalismus als vorherrschendem Wirtschaftssystem die Schuld an der globalen Armut vorgeworfen; Kapitalismus- und Globalisierungskritik erwachsen oft einem Bestreben, die sozialen Missstände weltweit zu bekämpfen. Doch nach ordo- und neoliberalen Wirtschaftstheorien schafft ein freier Markt, in dem Angebot- und Nachfrage

sich ohne staatliche Eingriffe gegenseitig regulieren und eine zunehmende Arbeitsteilung geschaffen wird, den größtmöglichen Wohlstand und den effizientesten Einsatz von Ressourcen. Der Gefahr, dass dabei durch zu ungleiche Verteilung vielen Menschen die Chance auf ein gutes Leben verwehrt und damit das Ziel der Ökonomie verfehlt wird, kann nicht durch einen Systemwechsel erreicht, sondern muss mit einer steuerlichen Umverteilung von oben nach unten und der staatlichen Sicherung eines Existenzminimums begegnet werden. Staatliche Eingriffe dürfen aber, wenn sie die Marktdynamik nicht aus dem Gleichgewicht und damit keine Effizienzverluste bringen sollen, nur in einer marktkonformen Weise geschehen; sie dienen neben der Gewährleistung sozialer Mindeststandards hauptsächlich dazu, Marktversagen zu verhindern, indem externe Effekte (ob für die eigene Zukunft oder, bei öffentlichen Gütern, für die Gegenwart und/oder die gemeinsame Zukunft) in den jetzigen Preis internalisiert werden, z.B. durch eine angepasste Steuerpolitik. Wie zu Beginn erwähnt, ist der Klimawandel ein solches Marktversagen, ebenso wie viele andere beschriebene Armutsfaktoren (z.B. die Überfischung fremder Gewässer). In vielen Fällen liegt die Ursache von Armut darin, dass entweder der Markt selbst versagt oder dass ohne Marktkonformität in die Preisbildung eingegriffen wird. Die Subventionierung von europäischem Getreide und Gemüse führt dazu, dass afrikanische Märkte mit Produkten überschwemmt werden, deren niedrige Preise afrikanische Bauern nicht halten können und deshalb verarmen.<sup>39</sup>

Doch Subventionen werden nicht abgebaut, externe Kosten nicht internalisiert. Dafür gibt es zwei wichtige Gründe: Erstens führt der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Staaten dazu, dass derjenige, der seine Subventionen abbaut, während andere Länder ihre Subventionen erhalten, zugunsten dieser ohnehin schon reichen Länder auf Wohlstand verzichten muss. Zweitens führt Wohlstandsverlust, ob zugunsten von Reichen oder zugunsten von Armen, zu einer abnehmenden Zustimmung der Regierung in einer Demokratie, denn Faktoren wie Lebensmittel- und Energiepreise, Löhne oder Arbeitslosigkeit im eigenen Land sind für den Großteil der Bevölkerung eher wahlentscheidend als 862 Millionen im Ausland hungernde Menschen.

---

<sup>39</sup> Ausschnitt einer Rede vom UNO-Sonderberichterstatter Jean Ziegler zur Eröffnung des Anti-G-8-Gipfels 2007 in Rostock: „Die Industriestaaten zahlten im vergangenen Jahr 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen. Das sind fast eine Milliarde Dollar pro Tag. Sie können heute auf jedem afrikanischen Markt italienisches, französisches und deutsches Gemüse und Früchte zur Hälfte oder zu einem Drittel des Preises äquivalenter Inlandsprodukte kaufen. Und ein paar Meter weiter steht der afrikanische Bauer mit seinen Produkten. Er rackert sich 15 Stunden am Tag ab und hat nicht die geringste Chance, auf ein anständiges Existenzminimum zu kommen.“

### ***Veränderung des Lebensstils: Ethischer Konsum***

Durch die fehlende Bereitschaft, Wohlstandseinbußen in Kauf zu nehmen, tragen die Bürger in einer Demokratie Mitverantwortung für die globale Armut. Diese fehlende Bereitschaft zeigt sich bei Entscheidungen im Supermarkt und an der Wahlurne. Verwendet man einen Verantwortungsbegriff, wie er in dieser Arbeit entwickelt worden ist, verlangt verantwortliches Handeln bewusste Konsum- und Wahlentscheidungen, die ein Streben nach einem möglichst guten Verständnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge voraussetzen.

Beispielsweise unterstützt derjenige, der tierische Produkte kauft, die von Tieren stammen, die gentechnisch verändertes Soja als Kraftfutter gefüttert bekommen, die Firmen, die das GVO-Saatgut herstellen und damit auch die Methoden dieser Firmen, die massiv Bauern in Verschuldung und Armut treibt. Derjenige, der viel mit dem Flugzeug unterwegs ist, ohne dass diese Flüge der Gesellschaft Nutzen bringen, unterstützt die Flugzeug- und die Erdölindustrie, und damit indirekt denjenigen wirtschaftlichen Imperialismus, der den übermäßigen westlichen Ressourcenverbrauch stillen hilft und Armut verursacht, er trägt indirekt zum weltweiten Hunger bei, indem die höhere Nachfrage nach Energie die Preise für Energie und Nahrung steigen lassen, und er beschleunigt den Klimawandel, was wiederum in den oben ausführlich beschriebenen Zusammenhängen zur Vergrößerung von Armut und Hunger führt. Wenn diese Unterstützungsketten einigermaßen transparent sind und die Möglichkeit besteht, die Unterstützung zu verweigern, ohne dabei selbst existentielle Einbußen in Kauf nehmen zu müssen, besteht eine Mitverantwortung für beschriebene Folgen und damit eine Pflicht, diese Unterstützung zu verweigern.

Ein Grund, warum die beschriebene Theorie der Verantwortung meist abgelehnt wird, ist die Tatsache, dass ein vollkommen sittliches Leben nicht mehr möglich ist. Je nachdem wie weit man „existentielle Einbußen“ definiert, ist kaum ein Mensch bereit, durch „ethischen Konsum“ seine Unterstützung der Armutsfaktoren zu minimieren. (Die Bereitschaft wird dadurch noch verringert, dass oft die eigenen Handlungen nur in der möglichen Welt, in der die eigenen Maximen von allen übernommen werden, zu einer Verbesserung der Lage führen würden, in der Realität aber nichts bewirken oder sogar zu einer Verschlechterung der Lage führen.) Eine ethische Lebensweise ist dabei weder genau definiert noch vollständig umsetzbar; aufgrund des situativen Charakters, der Abhängigkeit von Umständen und Statistiken und der mangelnden Normativität wird die Verantwortung für die Welt durch bewusstes Konsumverhalten und durch einen bewussten Lebensstil häufig von ethischen Konzeptionen ausgenommen. Ethischer Konsum beinhaltet einerseits viele Unsicherheiten,

z.B. ob die zugrunde liegenden Zusammenhänge richtig erfasst wurden, andererseits das Eingeständnis, dass man selbst eine Balance zwischen der Integration in die eigene Gesellschaft und der Konsequenz der Umsetzung der eigenen Vorstellungen wählen muss, in der immer eine große Menge an „Restschuld“ bleiben wird.

## **Fazit**

Ohne Zweifel trägt jeder wohlhabende Mensch Mitverantwortung an globaler Armut und Hunger; je höher der eigene Ressourcenverbrauch, die Begabungen, das Wissen und die Freiheiten, desto mehr Spielraum ist vorhanden, diese Verantwortung auf sich zu nehmen und die Welt zu verbessern. Der Klimawandel ist dabei ein sehr undurchschaubarer, da komplexer Armutsfaktor, seine große Relevanz sollte aber bei jedem Menschen, der eine gerechte Welt anstrebt, zu einer Veränderung des Abstimmungsverhaltens führen, ob an der Wahlurne, im Biomarkt oder beim Stromanbieter. Da technische Innovationen die fortschreitende Ressourcenverknappung, das Anwachsen der Weltbevölkerung und den zunehmenden Energie- und Fleischhunger von Schwellenländern nicht kompensieren können, verlangt ethischer Konsum für die westliche Gesellschaft eine drastische Veränderung des Lebensstils und Verzicht.

## Literaturverzeichnis

### *(Gedruckte Literatur)*

ATHANASIOU, Tom / BAER, Paul / KARTHA, Sivan, The Right To Development in a Climate Constrained World. The Greenhouse Development Rights Framework, Heinrich Böll Stiftung Publication Series on Ecology 1, Berlin 2007. [GDR Framework]

ATHANASIOU, Tom / BAER, Paul, Frameworks & Proposals. A Brief Adequacy and Equity-Based Evaluation of Some Prominent Climate Policy Frameworks and Proposals, Heinrich Böll Stiftung Global Issue Papers 30, Berlin 2007, 15-16, 38-40,

BENDER, Arnold, Meat and meat products in human nutrition in developing countries, FAO Food And Nutrition Paper 53, 1992.

CHAPAGAIN, A.K. / HOEKSTRA, A.Y., Water footprints of nations, Value of Water Research Report Series 16, Delft 2004.

GREFE, Christiane, Wie viele Menschen ernährt die Erde?, Die Zeit 12/2007, 28.

INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE, Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Summary for Policymakers. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Paris 2007.

KANT, Immanuel, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Akademie-Ausgabe Kant Werke IV, Berlin 1968.

KEMFERT, Claudia, Ökonomische Folgen des Klimawandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/2007, 14-19.

REES, William / WACKERNAGEL, Mathis / TESTEMALE, Phil, Our Ecological Footprint, Gabriola Island 1996.

STERN, Nicholas, The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2006.

UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME, Zusammenfassung: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt, Bonn 2007.

RAHMSTORF, Stefan / SCHELLNHUBER, Hans Joachim, Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie, München <sup>6</sup>2007.

### *(Internet-Literatur, Abrufdatum 10.09.08)*

ALFRED-WEGNER-INSTITUT für Polar- und Meeresforschung / HELMHOLTZ GESELLSCHAFT, Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Ergebnisse des Fourth Assessment Report (AR4). [http://www.tlug-jena.de/klima/download/ipcc\\_bericht2007\\_02022007.pdf](http://www.tlug-jena.de/klima/download/ipcc_bericht2007_02022007.pdf).

KUNIG, Philip, Konflikte um das Wasser. Was sagt das Völkerrecht?, [http://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/fundiert/2004\\_02/04\\_02\\_kunig/index.html](http://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/fundiert/2004_02/04_02_kunig/index.html)

RENNER, Anatomie der Ressourcenkriege, 2005, <http://www.jahrbuch-oekologie.de/Renner2005.pdf>.

SCHULTE V. DRACH, Markus C., Kriegsgrund Wasser?, 2007.  
<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/107/59048/>

UMWELTBUNDESAMT, Klimaauswirkungen und Anpassung in Deutschland. Phase 1: Erstellung regionaler Klimaszenarien für Deutschland,  
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3513.pdf>

# Anhang

Abbildung 2

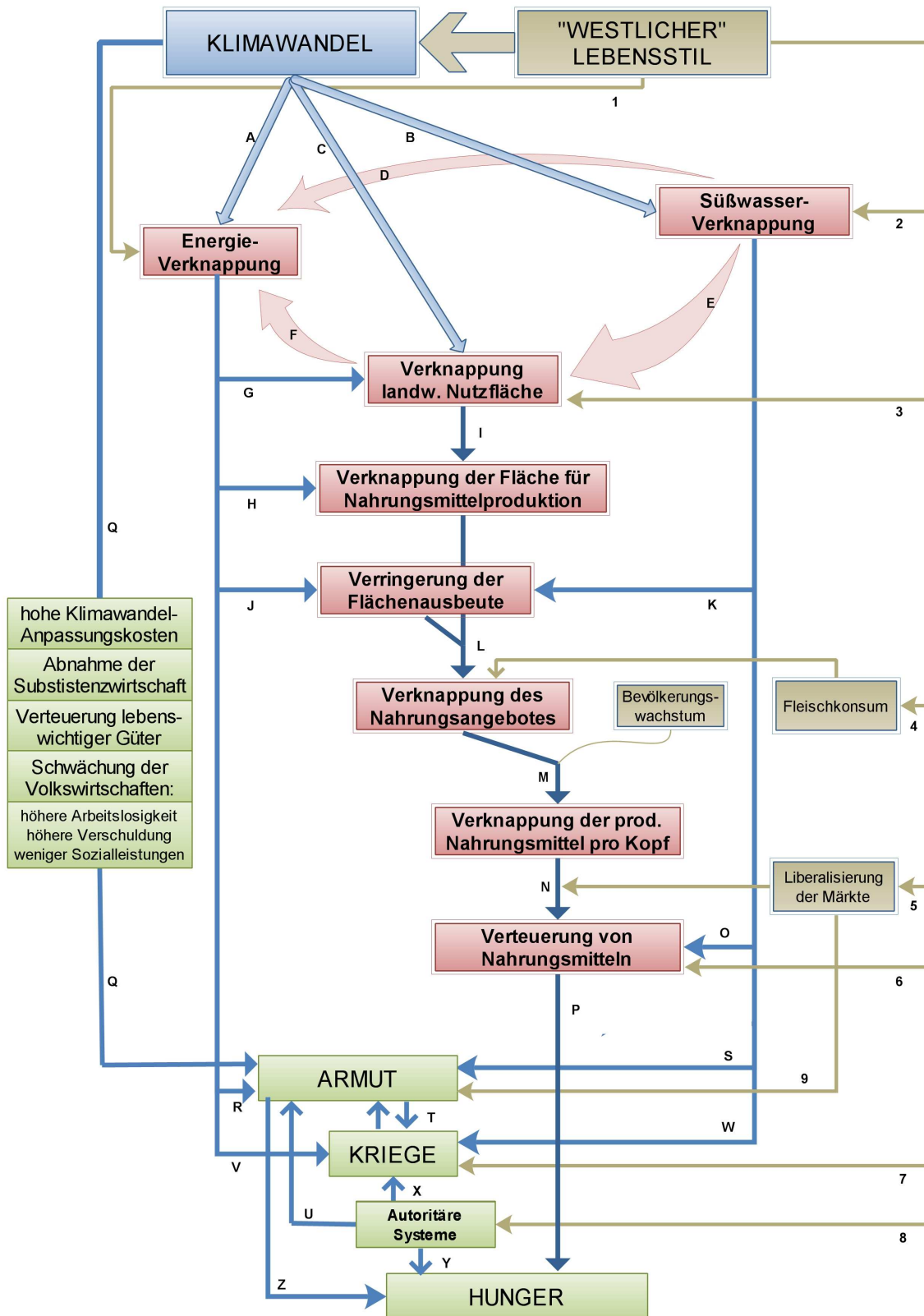




Abbildung 3



Abbildung 4

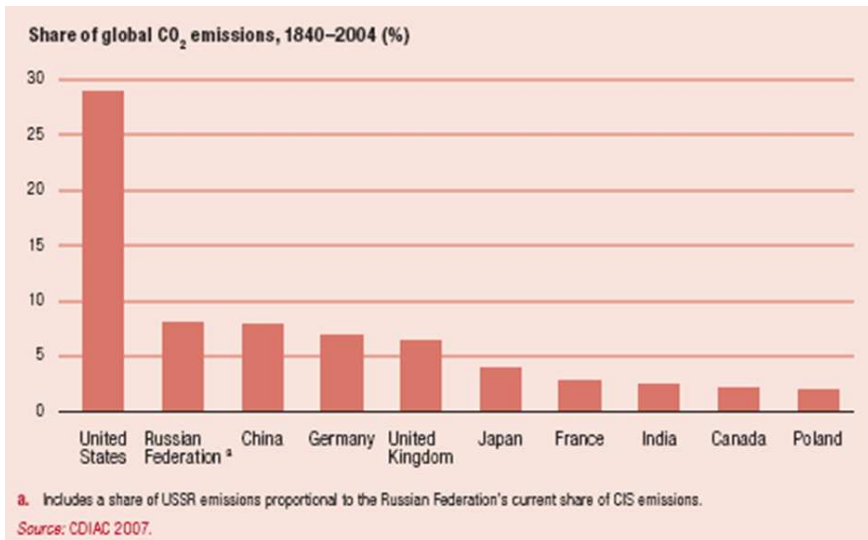


Abbildung 5

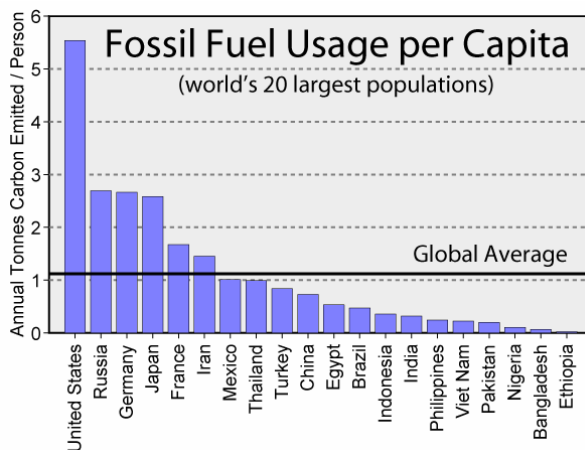
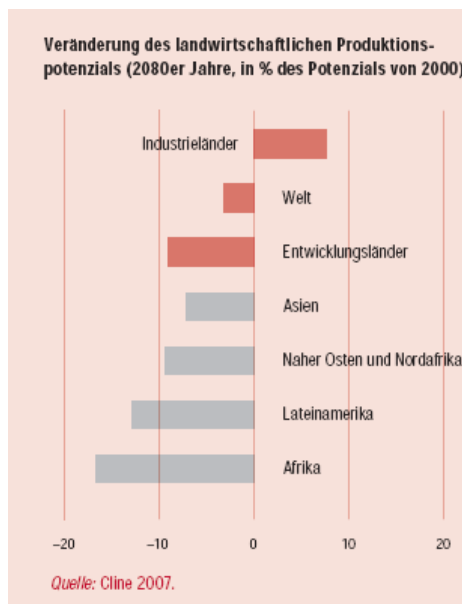


Abbildung 6



Quellen:

- UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008 (Zusammenfassung). Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt, New York 2007. (Abb. 3,4,6)
- Daten von CIA World Factbook (2005) und Carbon Dioxide Information Analysis Center (2002) (Abb. 5)
- Eigene Konzeption (Abb. 1,2)